

Nachrichten

Bundesrat gegen «Retterbabys»

Der Bundesrat will das Verbot der Präimplantationsdiagnostik (PID) in gewissen Fällen aufheben. Bei der PID geht es um die Untersuchung eines durch künstliche Befruchtung erzeugten Embryos auf genetische Anomalien hin, bevor er in die Gebärmutter übertragen wird. Künftig sollen Paare von der PID Gebrauch machen können, bei denen aufgrund ihrer Erbanlagen eine grosse Gefahr besteht, dass sie die Veranlagung für eine schwere Krankheit übertragen. Weiterhin verboten bleibt die Zeugung von «Retterbabys», wobei mittels PID ein Embryo mit einem bestimmten Gewebetyp im Hinblick auf eine Gewebe- oder Organspende für ein krankes Geschwister ausgewählt wird. Diese Änderung des Fortpflanzungsmedizingesetzes wurde am Mittwoch in die Vernehmlassung geschickt. (AP)

Mali Schweizer wurden wohl von al-Kaida entführt

Im Entführungsfall von Mali mit zwei betroffenen Schweizern ist erneut das Terrornetzwerk al-Kaida als Urheber in den Vordergrund gerückt. Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) habe Kenntnis von einer über den Fernsehsender Al-Dschasira ausgestrahlten Bekennerbotschaft und sei daran, diese auszuwerten, sagte der Leiter des Krisenstabs, Botschafter Markus Börlin, am Mittwoch vor den Medien in Bern. Darin hatte der nordafrikanische Ableger von al-Kaida die Verantwortung für die Entführung übernommen. (AP)

Harmos Obwalden sisiert Beitrittsverfahren

Der Obwaldner Regierungsrat sisiert das Beitrittsverfahren zum Schulkonkordat Harmos. Er wird dem Kantonsrat vorläufig keinen Antrag für einen Beitritt zum Konkordat unterbreiten, wie aus einer Mitteilung vom Mittwoch hervorgeht. Der Regierungsrat sehe seine anfänglichen Bedenken gegen die obligatorische Einschulung bereits ab dem vollendeten vierten Lebensjahr durch die jüngste Entwicklung in den Zentralschweizer Kantonen bestätigt. In Volksabstimmungen in den Kantonen Luzern und im Kanton Nidwalden war der Beitritt zum Harmos-Konkordat jeweils abgelehnt worden. Eine Volksabstimmung im Kanton hätte zurzeit nur geringe Chancen. (AP)

Straftäter 171 Personen sind momentan verhaftet

171 Straftäter sind in der Schweiz derzeit verhaftet. 122 von ihnen befinden sich demnach in geschlossenen Strafanstalten, 20 in weiteren Gefängnissen und Strafanstalten. 11 Personen sind in Therapieheimen untergebracht, 10 in psychiatrischen Einrichtungen und 7 in Massnahmenzentren. Während eines Ausgangs oder Urlaubs begingen innerhalb der letzten zehn Jahre drei Verwahrte eine Straftat, wie aus der am Mittwoch veröffentlichten Antwort des Bundesrats auf eine parlamentarische Anfrage von SP-Nationalrätin Chantal Galladé (ZH) hervorgeht. Ein Verwahrter ist seit über zehn Jahren flüchtig. (AP)

Mit Freihandel gegen die Krise

Abkommen mit Japan Geht es nach Bundesrätin Doris Leuthard, sollen weitere Länder folgen



AKTIVE AUSSENWIRTSCHAFTSPOLITIK Bundesrätin Doris Leuthard setzt auch auf Freihandelsabkommen. R. SPRICH/REUTERS

Ein Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und Japan steht. Für Bundesrätin Leuthard ein Schritt hin zu ihrem Ziel, ein «dichtes Netz» von Handelsverträgen zu knüpfen.

HANS-PETER WÄFLER

Bundesrätin Doris Leuthard setzt heute in Tokio ihre Unterschrift unter einen Vertrag, den noch ihr Vorgänger Joseph Deiss angestossen hatte. In acht Verhandlungsrunden haben japanische und Schweizer Diplomaten seit Frühling 2007 das Freihandelsabkommen ausgearbeitet. In Kraft treten soll es am 1. Januar 2010. Ein Abkommen, das gemäss dem Schweizer Chefunterhändler Luzius Wasescha der wichtigste Handelsvertrag ist, den die Schweiz seit dem Freihandelsabkommen mit der EU von 1972 abschliesst.

Bei Japan auch Bauern an Bord

Mit Japan und der Schweiz haben sich zwei Staaten gefunden, deren Volkswirtschaften stark vom Export abhängen. Das Freihandelsabkommen soll den Austausch von Waren und Dienstleistungen erleichtern – durch den Abbau von Zöllen und anderen Handelsschranken. Zu einer Marktöffnung kommt es auch in der Landwirtschaft, wenn auch nur teilweise und für Spezialprodukte. Dazu gehören Reisweizen, Fisch oder Soja-Paste aus Japan und Bündnerfleisch, Wein und Käse aus der Schweiz. Ein Lösung, hinter der auch die

Schweizer Landwirtschaft steht: «Weil Japan Produkte herstellt, die uns nicht direkt konkurrieren, ist das in diesem Fall unproblematisch», sagt Urs Schneider, Kommunikationschef beim Schweizer Bauernverband.

«Nicht verschliessen»

Für Bundesrätin Doris Leuthard passt der Vertrag mit Japan in die Strategie, die sie seit dem Ausbruch der Finanzkrise in den USA umso mehr betont. Freihandelsabkommen sieht sie als Mittel, um den Exportsektor im schwierigen wirtschaftlichen Umfeld zu stützen. Am Weltwirtschaftsforum in Davos im Januar machte sie sich zwar für eine multilaterale Marktöffnung in der Welthandelsorganisation (WTO) stark. Doch weil dort derzeit kein Konsens besteht über eine weitere Liberalisierungsrunde, will Leuthard den Abschluss von Freihandelsabkommen forcieren und ein «dichtes Netz» von Handelsverträgen knüpfen.

Dieses Ziel Leuthards findet weitherum Unterstützung. So verlangt auch FDP-Präsident Fulvio Pelli als Rezept gegen die Wirtschaftskrise eine «aktive Aussenwirtschaftspolitik» und hält Freihandelsabkommen mit Indien und China für besonders wichtig, wie er in der «Neuen Zürcher Zeitung» schrieb. Auch SVP-Ständerat Hannes Germann (SH) sieht darin «vor allem Chancen für die Schweiz». Und SP-Nationalrätin Hildegard Fässler (SG) sagt: «Wir müssen uns vernetzen und dürfen uns nicht verschlies-

sen.» Allerdings, so Fässler, dürfe die Schweiz bei allfälligen Abkommen mit Schwellenländern nicht nur ökonomische Fragen ins Zentrum stellen, sondern müsse auch Hand bieten, damit sich die ökologische und soziale Situation dort verbessere.

Der härteste Brocken auf der Wunschliste von Volkswirtschaftsministerin Doris Leuthard ist aber das Agrarfreihandelsabkommen, das sie mit der EU anstrebt. «Dagegen wehren wir uns», sagt Bauernverbands-Sprecher Schneider. Und auch SVP-Ständerat Germann betont: «Da sind die Spiesse nicht gleich lang. Die ökologisch ausgerichtete Landwirtschaft in der Schweiz lässt sich nicht vergleichen mit der Agrarindustrie in Osteuropa.»

GEPLANTE FREIHANDELSABKOMMEN

Neben dem Freihandelsabkommen mit der EU und den EFTA-Partnerstaaten Liechtenstein, Norwegen und Island hat die Schweiz Freihandelsabkommen mit 16 Ländern abgeschlossen. Abkommen mit weiteren Ländern sind geplant.

Land	Stand
Albanien	Verhandlungen in Vorbereitung
Algerien	Verhandlungen laufen
Arab. Golfstaaten ¹	Unterzeichnung 2009 erwartet
China	Machbarkeitsstudie wird erarbeitet
Indien	Verhandlungen laufen
Indonesien	Verhandlungen in Vorbereitung
Kanada	Inkrafttreten 2009 erwartet
Kolumbien	Inkrafttreten 2010 erwartet
Peru	Unterzeichnung 2009 erwartet
Russland	Verhandlungen in Vorbereitung
Serbien	Verhandlungen in Vorbereitung
Thailand	Verhandlungen laufen
Ukraine	Verhandlungen in Vorbereitung

¹Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien, VAE
Quelle: Seco

«Meilenstein für die Schweiz»

Economiesuisse Freude über Vorreiterrolle in Japan

Herr Minsch, die Schweiz schliesst ein Freihandelsabkommen mit Japan. Welche Bedeutung hat das für die hiesige Wirtschaft?
Rudolf Minsch: Das Abkommen ist ein wichtiger Meilenstein. Die Schweiz ist das erste europäische Land, das mit Japan ein Freihandelsabkommen abschliessen kann. Dass wir hier eine Vorreiterrolle einnehmen und nicht einfach im Windschatten der USA segeln, freut uns sehr. Als Absatzmarkt ist Japan für die Schweizer Industrie von grosser Bedeutung, denn Japan ist nach der Europäischen Union und den USA der dritt-wichtigste Handelspartner der Schweiz.

Welche Branchen können vom Abkommen profitieren?

Minsch: Insbesondere die Maschinenindustrie und die Pharmaindustrie können jetzt einfacher nach Japan exportieren. Aber auch im Nahrungsmittelsektor gibt es gewisse Liberalisierungsschritte.

Allerdings leidet Japan derzeit unter einer schweren Wirtschaftskrise.

Minsch: Das stimmt. Zu meinen, dass Japan weniger wichtiger wird, wäre aber falsch. Gerade in solch wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist es entscheidend, dass man verlässliche Handelspartner hat. Derzeit beobachten wir protektionistische Tendenzen, die der Schweiz grossen Schaden zufügen könnten. Eine gute Handelsbeziehung ist sowohl in der aktuellen Situation als auch längerfristig von grossem Vorteil.

Kann die Schweiz mit Freihandel nur profitieren – oder sehen Sie auch Gefahren?

Minsch: Natürlich bedeutet das auch mehr Konkurrenz für unsere Firmen. Aber das wiegt sich auf durch die Möglichkeit, grössere Märkte zu erschliessen. Auch der billigere Einkauf von Vorleistungen oder sonstigen Produkten belebt das Geschäft.

Die Schweiz hat das Abkommen mit Japan bilateral ausgehandelt, also im Alleingang. Hat die Schweiz allein genügend Gewicht, um vorteilhafte Verträge abzuschliessen?

Minsch: Von Fall zu Fall bestehen durchaus gute Chancen dazu. In der Vergangenheit gab es Länder, die bewusst zuerst mit der EU ein Abkommen abgeschlossen haben – und erst dann mit der Schweiz Verhandlungen aufnahmen. Mit Japan war es jetzt gerade umgekehrt, und auch mit China könnte das so kommen. Generell ist aber festzuhalten, dass die Verhandlungsmacht der Schweiz Grenzen hat, weil wir doch immer noch eine relativ kleine Volkswirtschaft sind.

Priorität müsste für die Schweiz also eine weitere Liberalisierung im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO haben?

Minsch: Das sehen wir genauso. Für die Schweiz hat die WTO Priorität, weil neue Regeln dann für alle der mittlerweile 153 Mitgliedsländer gelten würden. Doch die Verhandlungen in der WTO stocken. Und unter diesen Vorzeichen muss sich die Schweiz mit Freihandelsabkommen absichern. (WAF)



RUDOLF MINSCH
Der 41-Jährige ist Chefökonom und Leiter Wirtschaftspolitik beim Wirtschaftsdachverband Economiesuisse. (MZ)

INSERAT

«Ich will das Zuverlässigste.»

Werner Aerni, Geschäftsführer PASITO-FRICKER AG

Heutzutage bedeutet ein sicherer und zuverlässiger Breitband-Internetzugang einen Pluspunkt für Ihre Firma. Zum Beispiel mit Back-up-Funktion, welche bei einem Ausfall den Zugriff auf Ihre Daten garantiert. Swisscom. Ein Schweizer Unternehmen für die Unternehmen in der Schweiz.

Unser Business Internet light-Angebot speziell für Ihr KMU:

- 30% Rabatt auf den Router
- Keine Aufschaltgebühr
- Bis Ende Juni 2009 keine Grundgebühr

(Angebot gültig bei Bestellung bis 31.3.2009)

Mehr Auskunft erhalten Sie unter:

www.swisscom.ch/internetzugang oder unter 0800 80 90 90.

swisscom